

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Mittstadt
Postfachstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2
Postfachnummer 17989 • Postfachnummer: Amt
Dresden Nummer 13558, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostfachsen)

Schriftleitung: Dresden-U., Gf. „Bahnhoffstr. 2
Schriftleiter: Amt Dresden Nummer 17... • (Traktanten)
„Arbeiterstimme“ Dresden • (Sprechstunden der Schriftleitung:
Wochentags nachmittags von 3-5 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.
Dresden Donnerstag, 14. Januar 1928
Anzeigenpreis: Die normale Anzeigenzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Anzeigenzeile einschließlich an den bestgeeigneten Zeitungen 1,25 RM. • Einzelnr. 10 Pf. • Sonntags tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Redaktion

Kampf dem reaktionären Kurs!

Reaktionärer Vormarsch in Sachsen

Die Koalitionsregierung liefert die Justiz an die Reaktionsnationalen aus. — Innenminister Müller rettet sich auf einen gutbezahlten Beamtenposten

R. R. für Regierungen oder Staatsmänner gibt es auf der Dauer keine Möglichkeit, zwischen Arbeiterschaft und Kapitalisten zu stehen. Solche Stellungen können nur Übergangsstadien von kurzer Dauer sein. Sobald man sich von der Plattform, die einen Schutz gegen die Reaktion gewährt, von den Massen des Proletariats entfernt, muß man härter und fester Anschlag suchen bei der Reaktion. Immer wieder lehrt die Geschichte diese Tatsache, daß eine halb und schwach durchgeführte Maßnahme den Gegner wieder stärken muß. Die Geschichte des deutschen Bürgertums ist ein Schulbeispiel solcher Erscheinungen.

In Sachsen zeigt die Geschichte der Koalitionsregierung diese Entwicklung im kurzen Zeitraum von zwei Jahren. Vor zwei Jahren entstand diese Regierung von Gnaden des Generals Müller. Damals sprangen die 23 für das Bürgertum in die Bresche. Noch war die Luft nicht so groß, wie diese 23 von den Arbeitern trennte wie heute. Jetzt, nach zwei Jahren, steht diese Regierung da, von der Arbeiterschaft verhaßt und verachtet. Die 23 haben keine Plattform mehr, auf die sie sich stützen können. Was bleibt ihnen anderes übrig, als sich ständig fester auf die Reaktion zu stützen. Nicht Vertreter der Arbeiter, sondern Helfer der Kapitalisten sind diese sozialdemokratischen Stützen und Unterstützer der Heldt-Regierung. Offen, rücksichtslos und unerschrocken tritt diese Regierung die Arbeiter mit Füßen. Den und jählich frech stellen sich die 23 auf die Seite der Reaktion. Befähigten sie vor einigen Monaten die Erzeugnisse der Gemeindeform, so verhindern sie heute die Amnestie. Wir zeigen das Verhalten des Polizeipräsidenten Kühn an einer anderen Stelle. Schon lange vorher hat man die Verwaltung wieder an den Reaktionär Schick aus, die Polizei an Feinde des Proletariats wie Engelke, die Schule an die Reaktionsnationalen. Jetzt folgte in der Justiz, deren Töben schon immer reaktionärer wurde, ein weiterer Vormarsch der Reaktion.

Die immer stärker werdenden Forderungen der Arbeiter nach der Auflösung des Landtags löst die 23 und die Minister den Boden immer mehr unter den Füßen der Regierung. Der Druck der Massen zwingt die SPD-Vertreter, sich entweder den Forderungen der Arbeiter zu fügen, oder aber offen und klar nach rechts zu gehen. Diesen Weg marschiert die Regierung Heldt. Wir erfahren vor einigen Tagen, daß bei einem Auflösungsantrag für den Landtag die Reaktionsnationalen wahrscheinlich gegen die Auflösung stimmen werden. Jetzt erfahren wir den Preis, den die Koalitionsparteien an die Reaktionsnationalen gezahlt.

Neu zu besetzende wichtige Posten der Justiz wurden ausschließlich mit reaktionären, reaktionären oder auf dem rechten Flügel der Volkspartei stehenden Juristen besetzt. Der Preis, um den sich die sozialdemokratischen Minister und die 23 noch eine Zeitlang gegenüber dem stürmischen Andrängen der sozialdemokratischen Arbeiter halten, ist die Auslieferung der Arbeiter an Klassenrichter schlimmer Art. Wie bekannt, ist der Präsident des Landgerichts Götzenkamp vorzeitig, das heißt vor Erreichen des 65. Lebensjahres, in den Ruhestand getreten. Die Neubesezung der Stelle wird nun zur Erlangung einer zweiten Sekundarstufe, zur Errichtung einer Familienanwartschaft der Familie Süniger benutzt. Für die Neubesezung sind folgende Verchiebungen vorgezogen:

Als Landgerichtspräsident nach Dresden kommt der frühere Kriegsgerichtsrat Köhler. Köhler war während des Krieges die rechte Hand des Generals von Seibitz und besonders bekannt wegen seiner harten Kriegsgerichtsurteile. Er zeichnet sich durch besondere Arbeiterfeindschaft aus. Man erzählt, daß er für streikende Arbeiter am liebsten die Prügelstrafe einführen möchte.

An dessen Stelle als Amtsgerichtspräsident nach Bautzen rückt Herr Stavenhagen. Sein besonderer Verdienst ist, ein Schwager des Justizministers zu sein. Der Nachfolger Stavenhagens wiederum wird Georgi. Dieser hat seine Befähigung durch seinen ununterbrochenen Kampf gegen den „Republikanischen Richterband“ bewiesen. Als besondere Anerkennung erhielt er in seinem bisherigen Wirkungskreis das Gehalt der 12. Klasse, während Präsidenten größerer Bezirke nach der 11. Klasse besoldet werden.

Als Präsident des Landgerichts nach Leipzig wird der ehemalige reaktionäre Abgeordnete Dr. Wagner besetzt. Ob dessen Verwandtschaft mit Köhler dabei eine besondere Rolle spielt, können wir nicht sagen. Der ehemalige Sozialdemokrat und Justizminister Harnisch wird dafür Präsident des Landgerichts in Chemnitz. Die Beförderung

Luther erneut mit Regierungsbildung beauftragt

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichspräsident Hindenburg beauftragte den bisherigen Reichsfanzler Dr. Luther, ein „neutrales Kabinett der Mitte“ zu bilden. Wie dieses Kabinett aussehen soll, zeigen die Namen, die als Minister des Kabinetts Luther genannt werden: Stresemann Außenminister, Dr. Koch Innenminister, der bisherige sächsische Finanzminister Dr. Reinhold als Reichsfinanzminister, Herr Gehler als Reichswehrminister, der frühere Reichsfanzler Marx als Reichsjustizminister, Dr. Brauns Reichsarbeitsminister, und als Reichswirtschaftsminister nennt man den Rechtsanwalt Dr. Lammer, der Vorstandsvorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist.

Dieses angeblich neutrale Kabinett der Mitte unter Führung Luthers wird eine reaktionäre, großkapitalistische Rechtspolitik machen. Aus dem „Vorwärts“ kann man ersehen, daß die Ablehnung der Großen Koalition in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit 55 gegen 33 Stimmen erfolgte. Die SPD-Führer aber denken nicht daran, nach der Ablehnung nun etwa den Kampf der proletarischen Einheitsfront gegen jede kapitalistische Regierungspolitik zu unterstützen. Der „Vorwärts“ verleiht den kapitalistischen Parteien, daß es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Leute, die jede Koalitionspolitik grundsätzlich ablehnen, nur verstreut gebe. Zur Regierung Luther schreibt er:

„Auch nach dem Scheitern der Großen Koalition, nach ihm erst recht, bleibt für eine republikanische, sozialgerichtete Politik der Mitte — vorausgesetzt, daß der Wille zu ihr vorhanden ist — die Bahn frei. Die Mitte muß jetzt zeigen, was sie will und kann.“

Die Demokraten für das Kabinett der Mitte Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat die demokratische Reichstagsfraktion gestern Abend nach einem Bericht des Parteivorsitzenden beschlossen, sich an einem Kabinett der Mitte zu beteiligen. Die „Dresdener Nachrichten“ berichten ferner, daß eine engere Fraktionsgemeinschaft zustande kommen wird.

Das Zentrum geht mit Luther Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der Abgeordnete Fehrenbach, nach einer Besprechung mit Luther die Erklärung abgegeben, für das Austreten aus der SPD. kommt für den Renegaten ja ein wenig spät, aber sie kommt. An das Amtsgericht in Dresden, an Stelle des früheren tätigen Präsidenten Holzappel tritt Wahn aus Chemnitz, der sich dadurch Verdienste erworben, daß er in seinem Bezirk den militärischen Gruß eingeführt hat. Die Reaktionsnationalen können zufrieden sein. Die wichtigsten Stellen der sächsischen Justiz werden den Freunden

der die Zentrumsfraktion höchstens zur Regierungsbildung Stellung nehmen werde, daß aber das Zentrum grundsätzlich zu einer Unterstützung Luthers bei der Regierungsbildung bereit sei. Das Zentrum sei mit einer Regierung auf möglichst breiter Grundlage einverstanden. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat Luther sodann den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, empfangen. Auch die Demokraten erklärten bei einer Besprechung des Abgeordneten Koch mit Luther die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Demokraten zur Bildung des Kabinetts der Mitte.

Wachsende Opposition der Zentrumsarbeiter gegen das Luther-Kabinett

Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, wurden in der Fraktionsabstimmung des Zentrums von den Vertretern der Zentrumsarbeiter schwere Bedenken geltend gemacht, die dahin gingen, daß aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen ein sogenanntes neutrales Kabinett der Mitte nicht tragbar sei. Diese Gegnerschaft der Arbeiterwähler des Zentrums wurde vor allem von dem Abgeordneten Stierwald vertreten, der schon früher, von der oppositionellen Stimmung der westdeutschen Zentrumsarbeiter getrieben, die Meinung vertrat, daß das sogenannte Kabinett der Mitte nicht tragbar sei und das Zentrum sich passiv verhalten sollte.

Die Koalitionsminister rücken ab

Wie die Berliner Presse heute morgen meldet, ist der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold für das kommende Kabinett der Mitte als Reichsfinanzminister vorgezogen. In einer anderen Stelle weisen wir darauf hin, daß nach uns gemachten Mitteilungen der sächsische Innenminister sich auf einen schon lange Zeit für ihn bereitgehaltenen Posten als Kreishauptmann in Chemnitz zurückzieht.

Wegen Regierungsschacher verurteilt

Berlin, 14. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Kabinettsauschuss des Reichstages lehnte die Vorschläge der kommunistischen Fraktion, am Sonnabend die Mieter- und Erwerbslosenfragen und am Montag die Feme-morde zu behandeln, ab. Vom Freitag bis zum Mittwoch soll der Reichstag wegen des Regierungsschachers vertagt bleiben.

und Mitgliedern ihrer Partei ausgeliefert. So steht die Stellung der Regierung Heldt zur Klassenjustiz aus. Diese Beförderungen bedeuten die vollständige Übergabe der Justiz an die schwarzeste Reaktion.

Wenn also auf diesem Gebiete die Bürgerlichen eine wichtige Position nach der anderen gewinnen, während man sozialdemokratische Beamte abbaut, dagegen monarchistische Anhänger befördert, sollen die Bürgerlichen auch noch die Erreichung eines lange erstrebten Zieles sehen. Der Kuhn Napoleon le petit läßt dem ehemaligen Klempner und jetzigen Ministerpräsidenten Heldt keine Ruhe. Er versucht, mit seinen bürgerlichen Kollegen auf kaltem Wege die Zusammenlegung des Kabinetts zu ändern. Seit Monaten verlangen die Bürgerlichen Einschränkung der Ministerien. Wie wir jetzt erfahren, will der Innenminister Marx Müller sich am 27. Januar von seinen Beamten verabschieden, um am 8. Februar den Posten des Kreishauptmanns in Chemnitz zu übernehmen.

Aus der unsicheren Zukunft der Beamten rettet sich Marx Müller in den sicheren Hafen des Beamten. Die Kassen laugen an, das sinkende Schiff zu verlassen.

Stellvertretend die Führung des Innenministeriums übernehmen soll der andere Müller, der von Leipzig. Jedoch soll diese Regelung nur provisorisch gehalten werden, dann soll das Wirtschaftsministerium aufgehoben werden. Die sozialdemokratischen Minister erben damit ihre Mehrheit von selber auf. Es ständen dann 3 sozialdemokratische und 3 bürgerliche Minister in der Regierung. Dann wäre auch dieses Verlangen des Bürgertums erfüllt. Wir haben alle Ursache anzunehmen, daß die uns gemachten Mitteilungen richtig sind, da ja schon vor Wochen in der bürgerlichen Presse darauf hingewiesen wurde, daß der Innenminister die Kreishauptmannsstelle in Chemnitz so lang offen halte, um diese für sich zu reservieren. Damals lehnte man die Dementierungssprüche in Bewegung. Ob jetzt wieder? Nun, heute sind die Dinge schon konkreter. Die 23 krönen ihr Werk der Hilfe für die Kapitalisten.

Werden die Arbeiter sich diese Vorküche gefallen lassen? Verstärkt den Ansturm für die Auflösung des Landtags.

